

KREIDEKREIS

Zeitschrift der Österreichischen LehrerInnen Initiative und Unabhängigen GewerkschafterInnen 3/2015



9 Landeshauptleute wollen einen Freiraum Schule

„Autonome Schulen benötigen einen Ansprechpartner für die Sicherstellung der Rahmenbedingungen zur Erfüllung ihrer Aufgaben. Unter Berücksichtigung dieses Ziels und dem Ziel einer klaren Trennung zwischen zentraler Steuerung und operativer Umsetzung soll letztere für alle autonomen Schulen in einer neuen Einrichtung, **den Bildungsdirektionen der Länder**, erfolgen. Diese ist verfassungsrechtlich zu verankern, von den **Ländern einzurichten** und **direkt dem Landeshauptmann/der Landeshauptfrau zu unterstellen.**“

(aus: „Freiraum für Österreichs Schulen“, BMBF – ExpertInnengruppe Schulverwaltung, 25.02.2015)

Nicht mit uns!

Initiative für eine
bessere Schule



UGÖD „bleibt“ im GÖD-Vorstand

Pressemitteilung 19.3.2015

Verhandlung vor dem Landesgericht Wien am 18.3.2015 bestätigt OGH-Spruch: Die Zusammensetzung eines GÖD-Vorstandes ohne UG ist statutenwidrig

Die „schwarze“ GÖD will die Ausgrenzung der parteiunabhängigen GewerkschafterInnen aus dem GÖD-Vorstand bis zum nächsten Bundeskongress (Oktober 2016) fortsetzen, fasst Reinhart Sellner (von der UGÖD 2011 für den GÖD-Vorstand nominiert) das Ergebnis des Verhandlungstages zusammen. Das habe der GÖD-Rechtsvertreter deutlich gemacht, der die statutenwidrige Zusammensetzung des Vorstandes bis zur Neuwahl durch einen nächsten Bundeskongress für unaufhebbar erklärte.

Die GÖD-Spitze will keinen Parteiunabhängigen im großkoalitionären Vorstand, keine Anträge und keine Information der KollegInnen aus dem Vorstand, dessen Sitzungstermine, Tagesordnungen u. Beschlüsse vertraulich sind und den Mitgliedern höchstens im Nachhinein bekannt werden, wenn das dem GÖD-Vorsitzenden Neugebauer verhandlungstaktisch opportun erscheint.

Der Spruch des OGH vom 22.7.2014 ist rechtsverbindlich, die GÖD-Spitzenfunktionäre wollen aber keine Umsetzung, sondern erst bis Juni/Juli 2015 die schriftliche Ausfertigung des Urteils der Erstinstanz abwarten und dann die Möglichkeiten der weitem Verschleppung durch ein neuerliches Berufungsverfahren prüfen. Die UGÖD wird dagegen eine Beschwerde beim GÖD-Schiedsgericht einbringen und Rechtsmittel gegen den derzeit statutenwidrig zusammengesetzten Vorstand einlegen, um die Rechtsverweigerung zu beenden.

Für eine demokratische Gewerkschaft der Mitglieder

APA, Standard, Kurier und TTZ haben am 24. Juli 2014 über den OGH-Spruch berichtet, dieser habe „eine der letzten großkoalitionären Bastionen durchlöchert“, denn er bringe „Unabhängige in den Vorstand der Beamtengewerkschaft“. Die Unabhängigen GewerkschafterInnen, so Sellner, haben mit hinhaltendem Widerstand von FCG/FSG gerechnet, die ihr bisheriges Monopol auf Information, auf ungestörtes Beschlussfassen und auf exklusives Verfügen über GÖD-Ressourcen auch gegen das eigene Statut festhalten wollen.

Die GÖD-Führung setzt den mit dem OGH-Urteil entschiedenen Streit fort, der für viele KollegInnen nicht nachvollziehbar ist. Denn Gehaltsreform, Verwaltungsreform, Aufnahmestopp, laufende Einsparungen auf Kosten der Bediensteten und zum Schaden der Qualität der öffentlichen Dienste brauchen den vollen Einsatz der Gewerkschaft. Interne fraktions- und parteipolitische Machtkämpfe binden Kräfte und finanzielle Mittel.

Gemeinsam für die Interessen der KollegInnen – Join the Union, change the Union!

Die Unabhängigen GewerkschafterInnen wollten und wollen diesen Streit beenden. Die UGÖD steht für eine starke, vom Engagement der KollegInnen getragene und parteiunabhängige GÖD, die kompetent und offensiv die Interessen der ArbeitnehmerInnen im öffentlichen Dienst und den ausgegliederten Betrieben gegenüber der Bundesregierung und den Parteien der Gesetzgebung vertritt, solidarisch mit allen ÖGB-Fachgewerkschaften.

Rückfragen: Reinhart Sellner, von der UGÖD für den GÖD-Vorstand nominiert, reinhart.sellner@gmx.at, 0676 3437521, www.ugoed.at

PS: Auf Anfrage Sellners hat Neugebauer bei der GÖD-Bundeskonferenz am 26.3. gesagt, dass nach Ostern Dienstrechtsverhandlungen mit Staatssekretärin Steßl begonnen werden, dass die (Schul-)Verwaltungsreform verhandelt werden wird und dass das (in den nächsten Monaten ergehende) **Urteil des Gerichts zur Aufnahme eines UGÖD-Vertreters in den GÖD-Vorstand umgesetzt wird.**

Editorial

Liebe KollegInnen!

Die GÖD-Bundeskonferenz hat am 26.3. zugestimmt, dass der Text zur Reparatur des neuen Besoldungsrechts wie in den letzten Wochen verhandelt, in Begutachtung geht.

Es besteht daher Gelegenheit, den 49-seitigen Text zu begutachten.

Die wesentlichen Änderungen=Verbesserungen gegenüber dem NR-Beschluss vom 21.1.2015:

- Zivildienst wird in voller Länge angerechnet,
- freiwillig verlängerter Präsenzdienst wird künftig ein Dienstverhältnis und somit als öffentliche Vordienstzeit angerechnet.

- Für die Zeit von der 1. bis zur (vorgezogenen) 2. Biennalvorrückung nach Februar 2015 wird eine (etwas kompliziert berechnete 2.) Wahrungszulage bezahlt, die dazu führt, dass **niemand** durch die Überleitung einen Verlust erleiden wird.

- Die Verweildauer in der 1. Gehaltsstufe des neuen LehrerInnendienstrechts wird (von zuletzt 6,5) auf 3,5 Jahre verkürzt, sodass gegenüber der ursprünglichen Regelung praktisch kein Verlust und für viele Fälle sogar ein Vorteil entsteht. Über die Sondervertragsregelungen für Mangel-fachlehrerInnen steht nichts Neues im Gesetz, aber diese werden nach Zusagen von Dienstgeberseite gegenüber bisherigen Regelungen nicht verschlechtert; es sind aber wohl die Verordnungen neu zu schreiben, bzw speziell von der BMHS-Gewerkschaft zu verhandeln.

Leider keine Änderung gibt es für alle, die nach eigener Meinung im Februar 2015 einen falschen Vorrückungstichtag (und deshalb auch eine Neuberechnung beantragt) hatten: Die Überleitung ins neue Recht geschieht nach der aktuell gültigen Gehaltsstufe und eine Neuberechnung des Vorrückungstichtages ist nicht mehr möglich, weil es diesen im Neurecht nicht gibt. Und auch eine Neuberechnung des (nun so genannten) Besoldungsdienstalters ist für die schon in einem Biennalsystem Seienden nicht möglich, weil sie ausschließlich nach dem neuen Gesetz übergeleitet werden (siehe Kreidekreis 2/2015, S.3).

Da diese Nachteile in der Übergangsphase von den RegierungsjuristInnen für EU-konform gehalten werden, sind wohl neuerliche Prozesse zur Änderung dieser Bestimmungen erforderlich. Für derzeitige II-L-LehrerInnen und neue Bedienstete scheinen die neuen Bestimmungen tatsächlich kein Nachteil zu sein und in so manchen Fällen auch deutliche Vorteile zu bringen (was den berechtigten Frust der schon im Dienst Befindlichen, die vom Neurecht nicht profitieren können [Anrechnung von bis zu 10 Jahren berufsnützliche Privatwirtschaftszeit], wohl nicht kleiner macht).

Sobald die Reparatur in Begutachtung und der Text online ist, informieren wir auf www.oeliug.at. LG Gary, fuchsbauer@oeli-ug.at, 0680 2124358



Freiräume für Österreichs Schulen oder für Landespartiefürsten?

Zwischenstand 3:0 für Föderalisten und gegen eine gemeinsame Schule



von Reinhard Sellner, sellner@oeli-ug.at

Die Bund-Länder ExpertInnen haben sich am 25.2.2015 auf einen Kompromiss geeinigt und eine Grundlage für die SPÖ/ÖVP-Bildungsreform-Arbeitsgruppe geliefert¹, der bis zum 17.11. einen Ministerratsbeschluss zur Entflechtung der Schulverwaltungsstrukturen vorbereiten soll. Kanzleramtsminister Ostermayer vermutet den Teufel im Detail, weil entschieden werden muss, wo Verwaltung bei den Ländern und wo Steuerung durch den Bund Sinn macht. „Stärkung der Autonomie“ wollen beide Regierungsparteien, was immer das sein kann – für die ÖVP und ihren Staatssekretär Mahrer ist das die neue Organisation der Schule, bei der die Schulorganisation mit dem sozial selektiven Nebeneinander von NMS und AHS-Unterstufe bleiben kann wie sie ist, die Organisation der Schule vor Ort. Vizekanzler Mitterlehner weiß schon, dass es bis 17.11. ein gutes Ergebnis geben wird und keine Auseinandersetzung um die Gesamtschule.

Kanzler Faymann sieht zwar schon auch noch regional große Unterschiede und eine soziale Frage, aber mit der Autonomie werden die Direktoren ent-

scheiden und auf solche Probleme eingehen können². Immerhin ist für Bildungsministerin Heinisch-Hosek das Entflechten von Verwaltungsstrukturen noch keine Bildungsreform, sie will parallel dazu drüber reden, wie Benachteiligungen überwunden werden können und dass kein Kind zurückbleibt und hätte gerne eine gemeinsame Schule, verschränkt und ganztägig. Ein Abtausch Verländerung der LehrerInnen gegen ganztägig verschränkten Unterricht in Volksschule, NMS und AHS-Unterstufe wird aber vielleicht doch noch nicht angestrebt, die SPÖ setzt in der Schul- und Schulverwaltungspolitik weiter auf Überzeugungsarbeit.³

Wie Überzeugungsarbeit konkret aussieht, lässt sich am ExpertInnenpapier ablesen:

Trennung: zentrale Steuerung (Bund) und operativer Umsetzung (Schule)

Was das heißen kann, wird einleitend beschrieben. Rahmengesetzgebung, Finanzierung und Qualitätssicherung liegen beim Bund, die operative Umsetzung an den bedarfsgerecht gestaltenden Schulen. Die autonomen Schulen haben pädagogische, organisatorische, personelle und finanzielle Eigenverantwortung und werden bei der Umsetzung ihres Bildungsauftrages von den dem BMBF nachgeordneten „Bildungsdirektionen IN den Ländern“ unterstützt: verwaltungstechnisch bei Schulerhaltung und Personalverwaltung und pädagogisch bei der standortspezifischen Schulentwicklung.

Alle Macht den 9 Landeshauptleuten

Was das real- und machtpolitisch bedeutet, findet sich als Empfehlung an Bundesregierung und Landeshauptleute, die „in gemeinsamer Verantwortung“ „durch Hebung von Effizienzpotentialen in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich“ dafür sorgen sollen, dass „gemeinsam angestrebte Bildungsreformen zügig umgesetzt werden“.

Solche Gemeinsamkeiten sind

- keine einheitliche Bundes-Schulverwaltung und keine Verbundlichung der LehrerInnen,
- keine operative Umsetzungskompetenz für die „autonomen“ Schulen,

- keine demokratischen Mitwirkungsrechte von LehrerInnen, Schulpersonal, Eltern, SchülerInnen,
- keine gewählten Schulleitungen,

sondern 9 straff zentralisierte Landes-schulverwaltungen mit 9 Bildungs-direktionen, die direkt den Landeshauptleuten unterstellt sind. Diesen der Landespartei-politik untergeordneten Behörden wird die „operative Umsetzung“ übertragen nicht den „autonomen Schulen“. 9 Landesbildungsdirektionen sollen künftig für alle Schulen Personal einstellen und das Dienstrecht vollziehen, DirektorInnen bestellen, die vom Bund bereitgestellte Ressourcen an die Schulen verteilen, Schulentwicklung lenken, Schulen auflösen und Privatschulen akkreditieren. Objektiviert und unparteiisch, nach zentralen Bundes-Richtlinien, wie heute schon in Prölls NÖ oder Niessls Burgenland. Finanzkontrolling als Landeskompetenz komplettiert das. Was den „autonomen“ Schulen bleibt, liegt im Ermessen von 9 LandesbildungsdirektorInnen, die dabei stets und nach Möglichkeit und Bedarf im Einvernehmen mit den von ihnen bestellten SchulleiterInnen über deren pädagogische, organisatorische, personelle und finanzielle Wünsche entscheiden.

Vertauschte Rollen auf der bildungspolitischen Bühne?

Die zweite Amtszeit der SPÖ-Reformerin Schmied war zunehmend von Erfolgsmeldungen und Hochglanzbro-schüren gekennzeichnet, mit denen angestrebte Schulreformen als bereits erfolgreich umgesetzt herbeigezaubert werden sollten. ÖVP und GÖD konnten sich zurücklehnen, in Ruhe stärken, sticheln und zuschaun, wie die glänzenden Reformblasen Verbundlichung, Gesamtschule, einheitliche PädagogInnenausbildung und einheitliches LehrerInnendienstrecht platzten, und die SPÖ-Ministerin Glaubwürdigkeit und politisches Gewicht verspielte, das sie in der SPÖ ohnehin nie hatte. 2015 ist das anders. ÖVP-Politiker verkünden lautstark die Verländerung der LehrerInnen, eine Schulverwaltung in Länderhand und das Ende der SPÖ-Gesamtschulpläne, während SPÖ-PolitikerInnen sich aufs gelassen-abwartende Kommentieren zurückziehen, ohne die ÖVP-Kernaussagen zu bestätigen oder zu dementieren. Ob dahin-

bitte umblättern

¹ **Bildungsreformkommission – Status quo und Ausblick**

<https://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=58977>
Die Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe (»Freiraum für Österreichs Schulen«) wurden am 4.3.2015 der Bildungsreformkommission präsentiert. Die Bildungsreformkommission hat den Auftrag erteilt, in drei Themengruppen (Pädagogik & Qualitätssicherung, Finanzierung & Controlling, Legistik & Verwaltungsreform) Machbarkeit, Finanzierung und Konkretisierung der Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe sowie die Integration der Elementarpädagogik in der gleichen Logik zu prüfen. In der nächsten Sitzung der Bildungsreformkommission zur Jahresmitte 2015 werden die Ergebnisse der Prüfung berichtet, ein konkreter Fahrplan inklusive Meilensteine definiert und erste Eckpunkte zu Umfang und Detaillierung der Autonomie, zur neuen Verwaltungs- und Finanzierungsstruktur sowie zu notwendigen einfachgesetzlichen und verfassungsrechtlichen Änderungen festgelegt. Eine politische Einigung auf Basis eines Ministerratsvortrags ist bis zum 17.11.2015 geplant.

²https://science.apa.at/rubrik/bildung/Politik_setzt_Frist_fuer_Schulverwaltungsreform/SCI_20150324_SCI822865984

³<http://derstandard.at/2000013509677/Heinisch-Hosek-Ghettoklassen-wird-es-nicht-geben>

ter politische Strategie oder bildungs-
politische Ratlosigkeit steckt, ob dies-
mal die ÖVP ins Leere läuft, wird sich
zeigen.
Wir sind keine Zuschauer, wir sind

LehrerInnen, die Unterricht, Bildung
und Politik nicht der Parteipolitik in der
Bundesregierung und in den Bundeslän-
dern überlassen, auch nicht der FCG-
ÖAAB-Mehrheit in der GÖD.

Wir mischen uns ein, illusionslos-
optimistisch. Ein bunter Haufen von
immer mehr KollegInnen: **Für eine
bessere, kinder- und menschen-
freundliche Schule - ÖLI-UG!**

Kompetenzomanie, mit sinnvoller Ergänzung



von Wilfried Mayr,
mayr@oeli-ug.at, ÖLI-UG-Vorsitzender

Ich persönlich kann das Wort schon
nicht mehr hören, eigentlich auch nicht
mehr lesen, und muss es für diese Stel-
lungnahme trotzdem oft verwenden:
"Kompetenzen". Für jeden Klax wird
da ein eigener Kompetenzbegriff ge-
prägt, den die Lehrkräfte natürlich
kennen und berücksichtigen sollen. Per
OECD-Bildungsaktivitäten kam diese
Mode aus den USA und hat inzwischen
auch den Alten Kontinent voll erfasst,
bis hin zu unbegreiflichen Exzessen.
So kommt der Schweizer "Lehrplan
21" bereits in den Grundschulen auf
4.500 Kompetenzen. Wir können uns
annähernd vorstellen, wie gut diese va-
lorisiert werden können. Konrad Paul
Liessmann erwähnte in einem Vortrag
bei der Tagung der Gesellschaft für
Bildung und Wissenschaft, dass seine
Universität rund 30 Kernkompetenzen
im Auge habe, wie zum Beispiel die
Innovationskompetenz, die Reflexi-
onskompetenz, die Prüfungskompetenz
des Durchhaltevermögens oder gar die

Kompetenzorientierungskompetenz.

Liessmann bedauerte, dass die Aneig-
nung von Fachkompetenz, früher noch
phantasielos als "Wissen" bezeichnet,
nicht mehr als wirklich wichtig einge-
schätzt werde. Ähnlich den "Unter-
richtsprinzipien" werden die sogenan-
nten Kompetenzen höchstwahrscheinlich
einer solchen Inflation unterliegen, dass
man sie eines Tages ob der Realität ver-
gessen kann.

Was ich dennoch vermisse ist, dass es
bisher jemandem eingefallen wäre, bei
den vielen Kompetenzanforderungen an
die KollegInnen die **Kompetenzberei-
che der Schulaufsicht** definieren zu
wollen.

Ich bin es durchaus gewohnt, viele Din-
ge für sogenannten Gotteslohn zu tun.
Daher mache ich nachfolgend einige
Vorschläge und verzichte im hoffentli-
chen Fall der Anwendung auf jegliches
Copyrightentgelt.

**Zuhörkompetenz, Verständniskom-
petenz, Fairnesskompetenz, Einfüh-
lungskompetenz, vorbildliche Hilfe-
stellungskompetenz, Wertschät-
zungskompetenz, Geduldskompetenz**

Kompetenz,

- den Lehrkräften einen Vorschuss an
Vertrauen in ihr Bemühen und ihre Fä-
higkeiten zu geben, damit dieser Vor-
schuss seine motivierende Wirkung auch
gut entfalten kann.

keine private Planung machen. Landesschul-
inspektoren sollten pädagogische Fachkräfte
sein, die Lehrer und Lehrerinnen in ihren viel-
fältigen Aufgaben unterstützen und beraten.
Wenn sie Mängel feststellen, sollten sie die
Kompetenz haben, diese Probleme angemess-
en zu beheben.

In Falle der Kollegin war die Beobachtung
aber ein Machtspiel der Inspektorin ohne An-
leitung zum Verbessern der Situation.
Als „rechtmäßiges Agieren im Rahmen ihrer
Amtspflichten“ konnte die despotische Vor-
gangsweise im Rahmen einer Schule in einem
demokratischen System nicht beurteilt wer-
den.

Das haben die Kollegen beobachtet; auch an
mehreren anderen Schulen wurden dabei Leh-
rer involviert und mit widersprüchlichen An-
weisungen verunsichert.

- niemanden vor den Kopf zu stoßen.
- auf Anschreien, Demütigungen und
Machtdemonstrationen zu verzichten.
- im Fall von Schwächen oder Versa-
gen nicht als strafende/r Zuchtmeiste-
rIn zu agieren, sondern Zeit, Nähe und
Energie zu investieren, um die Situati-
on gemeinsam zu verbessern.
- im Fall von Bitte um Hilfe voll und
wohlwollend zur Seite zu stehen.
- bei Konflikten zwischen LehrerIn-
nen, Eltern und SchülerInnen mit
Vermittlungsfähigkeiten aufwarten zu
können, bei denen sich alle denken
müssen, "Whow, wie macht der/die
das? So gut könnte ich das nicht".
- eigene Unsicherheiten zugeben zu
können und sich für deren Verbesse-
rung einzuladen.
- glaubwürdig vermitteln zu können,
dass man sich mindestens so sehr an-
strengt wie das Gegenüber.
- glaubwürdig vermitteln zu können,
dass man trotz seiner/ihrer Stellung in
der Hierarchie wegen der eigenen
Überzeugungsfähigkeit keine Macht-
mittel braucht, um sinnvolle Verände-
rungen in die Wege zu leiten.
- glaubwürdig vermitteln zu können,
dass man in hierarchischen Krisenfäl-
len auf Seite der LehrerInnen steht und
sie nicht im Stich lässt.
- bei Erfüllung dieser Kompetenzen
auch die Genussfähigkeit besitzt, Res-
pekt, Dankbarkeit und Zuneigung sei-
ner/ihrer LehrerInnen entgegen neh-
men zu können.

Gründe für Dienstfreistellung durfte niemand erfahren

Leserbrief zum Artikel „**Inspektorin mobbte
nicht**“ der Tiroler Tageszeitung vom 15.2.2015

Mit großem Respekt habe ich vor 5 Jahren
von der mutigen Rede einer Kollegin beim
Lehrerkongress gehört. Sie drückte aus, was
sehr vielen Lehrern und Lehrerinnen in ihrer
Arbeitsumgebung am Herzen liegt:
Lehrer und Lehrerinnen wollen, wie jeder
Arbeitnehmer auch, umsichtig behandelt,
beraten und wohlwollend verwaltet werden!
Der Landesschulrat und seine Machtstruktu-
ren geben sich aber selbstherrlich und un-
durchsichtig.

Viele Kollegen bekommen jahrelang nur be-
fristete Verträge, oft für wenige Stunden. Sie
können von einem Schuljahr zum nächsten

Die Gründe für die folgende Dienstfreistel-
lung beziehungsweise Kündigung der Kol-
legin durften weder das Lehrerkollegium
noch die Personalvertretung an der Schule
erfahren.

Hier wurde bewusst ein Klima der Angst
erzeugt - für mich ist das Mobbing!
Versuche von Kollegen, diese Vorgangs-
weise zu kritisieren, verliefen im Sand, erst
die öffentliche Rede der Innsbrucker Kolle-
gin wurde gehört! Sie büßt nun mit dem Ur-
teil für ihre mutige Ansprache und sollte
von jedem Lehrer Unterstützung bekom-
men! [Anm.: Spendenaufruf siehe S. 8]
Als Kollegin habe ich die Vorgänge direkt
beobachtet und war auch als Zeugin beim
Prozess geladen. Ich habe nach 32 Jahren
meine Arbeit beim Landesschulrat beendet
und kann deshalb diese Zeilen schreiben.

Wer dem Ball nur nachläuft, landet irgendwann im Eigentor. Warum reaktive Gewerkschaftspolitik nur scheitern kann.



von Peter Steiner,
steiner@oeli-ug.at

„Vom Fußball, aber auch von den Cultural Studies wissen wir, dass Defensive auf Dauer prekär ist. Wenn der Befreiungsschlag nicht glückt, wird es dem Gegner nämlich irgendwann gelingen, die Verteidigung des Strafraums zu durchbrechen und zum Ziel zu gelangen. Fatal für jede Politik ist, wenn es ihr in einem politisch-kulturellen Konflikt nicht gelingt, die Themen zu bestimmen, und sie immer dem Ball hinterherlaufen muss“, schreibt Wolfgang Müller-Funk, Kulturwissenschaftler an den Unis Wien und Klagenfurt im „Standard“-Kommentar „Europa hat viele Feinde“ am 21. März 2015.

Das trifft ziemlich genau, was auch zur GÖD-Gewerkschaftspolitik derzeit zu sagen ist. Statt selber Vorschläge und Forderungen aufzustellen, die den Lehrenden und der österreichischen Bildung nutzen könnten, warten Neugebauer und Co. lieber auf den nächsten Schritt der Regierung, mauern dann und kassieren in der Folge vermeidbare Eigentore: eine Vielzahl von vor allem unterdotierten Formen der NMS, eine verunglückte Zentralmatura, ein aus ArbeitnehmerInnen-Sicht absolut untragbares Neues Dienstrecht und eine vermurkste Besoldungsreform, die weitere Lohnungerechtigkeiten in sich trägt. Mit anderen Worten: Eigentore.

Fehlt in der Liste noch was? Ach ja, aber das fällt den gestählten FCG/FSG-Gewerkschaftern ja gar

nicht richtig auf: Der Dienstgeber verhandelt nicht einmal mehr, sondern diktiert, beschwichtigt und verspricht und bricht sofort seine Versprechen. Mit anderen Worten: Er hat die Sozialpartnerschaft als Grundregel des Spiels entfernt.

Schlussendlich stimmen Schwarze und Rote immer zu und argumentieren, dass sie „ja Schlimmeres abgewendet“ hätten. Schlimmeres, das im Übrigen in der nächsten Runde der „Verhandlungen“ dann doch kommt. Außerdem: Was kann denn noch Schlimmeres passieren, als dass der Dienstgeber es gar nicht einmal der Mühe wert findet, im Vorhinein zu verhandeln, sondern die Sozialpartnerschaft aufkündigt?

Hoffnung auf den Einfluss der (schwarzen) Gewerkschaft auf die Regierung(sparteien)?

Wahrscheinlich wäre, dass diese FCG/FSG nicht mehr gewählt wird. Aber das scheint so auch nicht zu passieren. Warum? Weil auch eine knappe Mehrheit der Lehrenden sich noch lieber in der Illusion wiegt, dass die Schwarzen in der GÖD auf die Schwarzen in der ÖVP (, die nicht nur quasi ein und derselbe Neugebauer etc. sind) noch irgendeinen Einfluss hätten?

Doch Streikdrohungen im Nachhinein sind unter diesen Voraussetzungen so viel wert wie ein EU-Gerichtshofurteil, das der GÖD wirksame Rückendeckung und den DienstnehmerInnen echte Verbesserungen bringen könnte. Was bleibt? Ein verzweifelt Gerangel im eigenen Strafraum um die Abwehr von Verschlechterungen.

Der österreichische Fußball und die GÖD-Gewerkschaftspolitik haben das gleiche untaugliche Motto: „Der Ball ist rund, alles andere ist primär!“

Briefe von LeserInnen

Ich hab den Vortrag über das neue Besoldungsrecht tief gefrustet verlassen, weil ich mich ja seit September um eine bessere Einstufung bemühe (unabhängig von meinem Masterabschluss). Zuerst hab ich meinen Direktor, dann die Gewerkschaft gefragt. Dort haben sie mir gesagt, dass ich Mitglied werden soll, dann dass ich keinen Antrag stellen, sondern auf den Ausgang der bestehenden Verfahren warten soll. Und jetzt haben wir ein neues Dienstrecht und man kann GAR KEINE Anträge mehr stellen!!!!

Da habe ich mir bei der Heimfahrt schon die Sinnfrage gestellt, warum ich mir das alles (PV, SGA, Diplomarbeit, RDPmündlich, IT-Kustodiat ...) antue und nicht sofort in Burnout/Depression/Frustrations/Krankenstand gehe.

Lehrerin, 51 Jahre

ich erhalte die oeli-emails und bin über diese Informationen sehr dankbar!

ich freue mich mit ihnen und gratuliere ihnen und ihrem team für den hartnäckigen einsatz und kampf, von dem ich glaube, dass er für uns alle wichtig ist, weil nur so die typisch österreichischen "mauscheleien" ans tageslicht gebracht werden und damit ansprechbar werden.

sonst haben die, die (meist zu recht) unregelmäßigkeiten vermuten, die "blöde nachred'" (auf gut oberösterreichisch, woher ich stamme) ...

mfg + dank + weiterhin viel erfolg vertragsbediensteter (trotz 60 lebensjahren!) lehrer für kfm. fächer in kärnten

In der Presseaussendung scheint mir die Demokratisierungsforderung zur Schulautonomie zwischen den anderen Themen unterzugehen - ich meine, die Forderung "Schulautonomie statt Direktionsautonomie" verdient eine zusätzliche, eigene Aussendung.

LG Georg

Ich finde den Kreidekreis 2/2015 wirklich sehr, sehr gelungen. Besonders freut es mich auch, dass der - hoffentlich neue - griechische Weg thematisiert wird. Auch die Artikel über die gendergerechte Sprache und WLAN & Handy an unseren Schulen sprechen mich sehr an - und vor allem aus der Seele!

LG Doris

Ich weiß nicht wieviele bezüglich Besoldungsrecht aktiv tätig werden, aber eine **Problematik, warum es viele nicht tun, ist: weil es die Bediensteten einfach überfordert!**

Daher sind die **konkret von Ihnen gesetzten Aktivitäten** als Interessensvertretung **mehr als notwendig und wichtig, nicht nur gegenüber dem Dienstgeber, sondern auch zur Info und Aktivierung der davon Betroffenen!** Ich möchte Ihnen diesbezüglich nochmals für Ihr Engagement **Danke** sagen!

Mit besten Grüßen, Karl

Warum wir bei Leserbriefen keine vollen Namen nennen? ZB wegen Vorfällen wie Seite 4 unten beschrieben.

Dieser Kreidekreis steht in <http://archiv.oeli-ug.at/krkr1503.pdf>, dort können die Links angeklickt werden

Bildungsreform auf newspeak



von Andreas Chvatal, HS-Lehrer in Wien, für apflug u. ÖLI Mandatar in der Gewerkschaft, chvatal@oeli-ug.at

George Orwell malte in seinem Roman ‚1984‘ ein Gespenst namens *newspeak* (Neusprech) an die Wand. Das totalitäre Regime des imaginären Staates Ozeanien zwingt den Menschen eine Modifizierung ihrer Sprache auf, mit dem Ziel, sie besser manipulieren zu können. Die Sätze „Krieg ist Frieden“, „Freiheit ist Sklaverei“ und „Unwissenheit ist Stärke“ stellen in *newspeak* nicht den geringsten Widerspruch dar. Das Ziel dieser Entwicklung ist die völlige Hörigkeit der Menschen dem Regime gegenüber. Niemand soll sich mehr überlegen, was ein Begriff bedeutet, denn letztendlich entscheidet das Regime darüber, ob etwa 2 plus 2 4 oder doch 5 ist.

Als Orwells Hauptfigur Winston Smith unter Folter endlich zugibt, dass die vier erhobenen Finger seines Peinigers tatsächlich fünf sind, öffnet sich für ihn dadurch jedoch nur die Tür zur nächsten Hölle. Der Folterknecht wirft Winston vor, gelogen zu haben. Es genüge nicht, einfach nur zu sagen, was das Regime wünscht, er hätte inbrünstig davon überzeugt sein müssen, dass es sich um fünf Finger handle. In einem qualvollen Prozess wird Winstons Geist liquidiert. Seiner äußeren Hülle gestattet das Regime, *newspeak* brabbelnd, weiter zu existieren.

Sicherlich hat sich Orwells Prophezeiung seither oft und oft erfüllt. Zuletzt wohl in der sogenannten österreichischen Bildungsdiskussion. Angesichts der eindeutig ausgeübten brachialen Begriffsmisshandlungen, muss befürchtet werden, dass in Bälde durch die selbe subtile Überzeugungsarbeit, wie sie in ‚1984‘ beschrieben wird, Andersdenkende einem Schicksal zugeführt werden sollen, wie es Winston Smith erlitt. Glücklicherweise hat jede

und jeder Einzelne es in der Hand, sich dem zu entziehen.

Dafür ist es lediglich erforderlich, das Folgende zu verinnerlichen.

Schulautonomie heißt *NICHT*, dass LehrerInnen mir nix dir nix gekündigt werden können!

Neues Dienstrecht für LehrerInnen heißt *NICHT*, dass die Arbeitszeit der LehrerInnen erhöht wird.

Sozialpartnerschaft heißt *NICHT*, dass mit den LehrerInnen oder ihren Gewerkschaften noch geredet wird.

Die Verländerung der Bundesschulen heißt *NICHT*, dass sich die Bundesländer neun separate schulische Spielwiesen einrichten wollen.

Natürlich stimmt immer das Gegenteil. Wer jedoch die Folterkammer unbeschadet verlassen will, sollte dies tunlichst nicht erwähnen.

Gefoltert wird dort, wo Menschen dem *newspeak* Schmach auf den Leim gegangen sind und ernsthaft glauben, dass sich das Bildungssystem verbessern wird, nur weil...

- 1) LehrerInnen rausgeworfen werden
- 2) LehrerInnen mehr unterrichten müssen
- 3) die Gewerkschaften eliminiert werden
- 4) das Ganze unter die Verwaltung der Bundesländer gestellt wird

... also fast überall in Österreich.

Auf der Insel der Seligen wird zum Glück alles nicht so genau genommen. Auch das Foltern nicht. Wenn die bekannten Unausweichlichen ausreichend Gelegenheit hatten, sich wichtig zu machen und ParteifreundInnen, ExpertInnen und andere WichtigtuertInnen eifertig sekundieren durften, geht's dann beim Foltern eher locker ab.

Folterknecht: Durch Schulautonomie wird das Schulsystem zwangsläufig verbessert. Das ist doch klar!

Opfer: Was ist Schulautonomie eigentlich und wodurch wird sie das System verbessern?

Folterknecht: Die Schulstandorte erhalten weitgehende Entscheidungsfreiheiten. Die Schulleitung weiß schließlich am besten, was die Schule braucht. Das in der Privatwirtschaft so erfolgreiche Prinzip kleiner unabhängiger agierender

Einheiten unter straffer Leitung, wird auch im Schulsystem erfolgreich sein. Opfer: Also, die Schule macht es einfach so wie die Privatwirtschaft und alles wird gut? Weil in der Privatwirtschaft auch alles gut ist.

Folterknecht: Genau! Deshalb braucht es auch ein neues Dienstrecht für Lehrpersonen. Diese müssen mehr Zeit mit den Schülern verbringen, was – wohlgemerkt – keine Arbeitszeiterhöhung ist. Dann werden die SchülerInnen optimal gefördert.

Opfer: Die Lehrpersonen müssen mehr unterrichten und dadurch verbessern sich die Leistungen der SchülerInnen? Folterknecht: Na, na! Aufpassen! Die Lehrpersonen unterrichten nicht mehr, sondern sie verbringen mehr Zeit mit den SchülerInnen. Das ist ein wichtiger Unterschied.

Opfer: Ja, ich glaube, jetzt habe ich es verstanden.

Folterknecht: Na, wunderbar! Dann ist dir sicher auch klar, warum die Gewerkschaften im Rahmen der Sozialpartnerschaft nicht gefragt werden?

Opfer: Ja, völlig klar! Was ich noch nicht verstehe ist, warum die Länder jetzt alle LehrerInnen verwalten sollen.

Folterknecht (kratzt sich hinter dem Ohr): Tjaaaah. Weil das der beste Weg ist, endlich die Verwaltung zu straffen.

Der Bund hat doch bei der Verwaltungsreform in mehr als zehn Jahren nichts weitergebracht. Die Länder wissen besser wo angesetzt werden kann. Sie kennen die unzähligen Doppelgleisigkeiten und werden diese abschaffen. Das Einsparungspotential geht wahrscheinlich in die Milliarden.

Opfer: So viele Doppelgleisigkeiten gibt es?

Folterknecht: Nicht nur die Doppelgleisigkeiten. Viele Strukturen sind verkrustet, andere aufgebläht, wie zum Beispiel die Landesschulräte mit ihren politisch beschickten Kollegien. Diese müssen durch schlanke Bildungsdirektionen ersetzt werden. Das macht am besten jedes Bundesland für sich selbst.

Opfer: .. und spart dabei Milliarden ein – genial!

Folterknecht: Na, das sag ich doch! Opfer: Ja, also... äh, danke. Sehr informativ das alles. Jetzt blicke ich wirklich durch.

Folterknecht: Na, siehst du, ist doch alles ganz einfach.

Opfer: Allerdings....

Buchbesprechungen



Besprechung von Andreas Berghold, ZA-BS-Stm, berghold@oeli-ug.at

Ein Buch mit diesem Titel musste ich einfach lesen: einerseits, weil ich seit jeher ein glühender Verfechter der gemeinsamen Schule der 10- bis 14-jährigen bin, andererseits, weil die Auseinandersetzung mit der Mittelschicht etwas Abenteuerliches an sich hat, vergleichbar mit der Rettung bedrohter Tierarten! Doch die Autorin stellt gleich im Vorwort klar: „In diesem Buch versuche ich daher einer bildungspolitisch schweigenden Gruppe, der meist bildungsfernen Grund- bzw. Unterschicht eine Stimme zu verleihen – den Schülern und Schülerinnen an den städtischen Hauptschulen und Neuen Mittelschulen sowie deren Eltern.“ Hier stellt sich die Frage ob der Anspruch, für eine Gruppe sprechen zu wollen, der man offenbar nicht zutraut ihre Interessen selbst wahrzunehmen, nicht zwangsläufig in Vereinnahmung und Unterstellung enden muss. Ein Beispiel dazu zum Thema Schulwahl: „Als bildungsferner Elternteil durchschaue ich diesen starren Mechanismus ohnedies nicht und wähle eben die nächstgelegene Pflichtschule, ob sie nun Hauptschule oder Neue Mittelschule heißt.“ Das mag ja auf viele solche Elternhäuser zutreffen, aber das heißt nicht, dass diese Eltern sich nicht auch den Kopf darüber zerbrechen, was das Beste für ihre Kinder sei – sie setzen möglicherweise nur andere Prioritäten. Und trifft der damit suggerierte Umkehrschluss zu, dass die Mittelschicht-

Eltern die Motive für die Schulwahl ihrer Sprösslinge eingehend reflektieren? Viele von ihnen haben wohl nur eines im Sinn: im neoliberalen Hamsterrad schneller zu sein, als die Nachbarn und diese Haltung wollen sie auch ihren Kindern vermitteln, „damit es ihnen einmal besser geht“! Und das ist wohl ähnlich unreflektiert, wie die Auswahl der Schule nach dem bequemsten Schulweg.

„Der richtige Zeitpunkt für eine echte Gesamtschule, so meine These, ist offensichtlich vorbei“, stellt die Autorin fest und meint weiter, dass die Umbenennung der Hauptschulen in NMS wohl den Gipfel des Erreichbaren darstelle, vielleicht noch getoppt durch eine „neue Lernkultur“. Das mag realpolitisch zutreffen, doch die m. E. wichtigste Frage in diesem Zusammenhang wird in diesem Buch nicht ausreichend gestellt: Wie kann in einer zunehmend entsolidarisierten Gesellschaft eine gemeinsame Schule der 10- bis 14-jährigen umgesetzt werden, deren oberstes Prinzip ja Solidarität ist? Wohl nur, wenn der Mittelschicht die Angst vor dieser Schulform genommen wird und dazu trägt dieses Buch leider nicht bei. Denn es befasst sich zwar eingehend mit dem Nutzen der Gesamtschule für die „bildungsfernen“ Gesellschaftsschichten, nicht aber mit den Vorteilen für die Mittelschicht – gibt es etwa keine? Fairerweise muss hier gesagt werden, dass es ja der Anspruch des Buches ist, den „Bildungsfernen“ eine Stimme zu verleihen.

Die Autorin hat offenbar enorme Mengen an empirischen Daten gesammelt und ihren Thesen zugrunde gelegt. Wer die Bildungsdiskussion in Österreich in den letzten Jahren verfolgt hat, für den hält das Buch aber gerade deshalb viele „no-na“-Erlebnisse bereit. Zu viele Antworten verdecken oft die Sicht auf die richtigen Fragen. Darüber hinaus werde ich nach der Lektüre den Eindruck nicht los, dass die Polarisierung zwischen „bildungsnahen“ und „bildungsfernen“ Schichten das (österreichische) Problem nicht vollständig erfassen kann, auch wegen der Hinweise auf die Zustände in den Pariser Trabantenstädten oder Berliner Brennpunkt-Bezirken. Der weitgehend ländliche und kleinstädtische Lebensraum, sowie die behutsamere Sozialgesetzgebung in Österreich verhindern wohl, dass sich hierzulande ähnliche soziale Spannungen etablieren.

Ein Buch, das die Ist-Situation der Bildungsverlierer und die Motivlage einer gesamtschulverhindernden Mittelschicht ausführlich diskutiert, neue Aspekte aber weitgehend vermissen lässt.

Lamya Kaddor: „Zum Töten bereit. Warum deutsche Jugendliche in den Dschihad ziehen“ Piper 2015

Rezension v. Ambros, gruber@oeli-ug.at

Die Islamwissenschaftlerin und Lehrerin für islamische Religion Lamya Kaddor, bekannt durch zahlreichen Publikationen (zuletzt „Muslimisch, weiblich, deutsch“), war im Jahr 2014 in vielen Diskussionrunden zu sehen.

All jene, die sich danach sehnten, Kaddors treffende Äußerungen auch auf Papier nachlesen zu können, haben nun in diesem brandaktuellen Buch (sogar der Anschlag auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“ ist noch verarbeitet) Gelegenheit dazu. In dem inhaltlich hervorragend gegliederten Werk geht die Autorin, die sich selbst als „mehrfach betroffen“ von der aktuellen Situation beschreibt (Eltern aus Syrien, sie selbst Islam-Lehrerin in Dinslaken, NRW, aus dem einige Dschihadisten stammen), zunächst von der Frage aus, ob Salafismus gefährlich ist. Anschließend widmet sie sich eingehend der Frage, wie z.B. Dinslaken-Lohberg zur „Hochburg“ von Salafisten werden konnte, wie Jugendliche für die Botschaft der Salafisten anfällig gemacht werden, wie sie radikalisiert werden und in den Dschihad ziehen.

Neben dieser Ursachenanalyse versucht Lamya Kaddor, und das ist der wichtige Unterschied zu zahlreichen Diskussionsrunden im Fernsehen, Möglichkeiten aufzuzeigen, was die Gesellschaft und die muslimische Community in Deutschland tun können, um die Radikalisierung und das Ziehen in den Dschihad zu verhindern. Sie selbst hat mit Projekten wie „Muslim 3.0“ bereits erfolgreich zur Prävention vor Radikalisierung beigetragen.

Und sie fordert sowohl die Muslime, denen sie eine noch immer mangelnde Bereitschaft zur Selbstreflexion attestiert, als auch die Gesellschaft insgesamt dazu auf, die Fanatiker zu stoppen, diejenigen auf islamistischer Seite und diejenigen auf der Seite von Bewegungen wie „Pegida“, bei denen „Islam“ lediglich als Chiffre für „Ausländer raus!“ verwendet wird. Denn: „Salafismus und Islamhass sind zwei Seiten einer Medaille.“ (S.231) Und das ist wohl nicht nur in Deutschland so, sondern – mit einigen Schattierungen – in ganz Europa.

Mit ihrem Plädoyer für einen pluralistischen Islam, der die fünf Säulen des Islam genauso respektiert wie das deutsche Grundgesetz (zB die Gleichberechtigung der Frau), ist sie für mich eine mutige Wortführerin jener, die an eine friedliche gemeinsame Zukunft der Menschen mit ihren unterschiedlichen Religionen in modernen, demokratischen Rechtsstaaten nicht nur glauben, sondern dafür aktiv werden.

Darum ist dieses Buch meiner Meinung nach Pflichtlektüre für alle – nicht nur für Bürger/innen islamischen Glaubens, nicht nur für Lehrer/innen und Sozialarbeiter/innen, nein, für alle, denen die friedliche Weiterentwicklung unserer Welt ein Anliegen ist!

Terminhinweise

Mexikoseminar und Menschenrechtsbeobachtung



Seit 21 Jahren leben die ZapatistInnen in Mexiko ihre Vorstellung von Würde, Autonomie und Gerechtigkeit. Interessierte Menschen aus Europa können durch eine zeitweise **Begleitung von zapatistischen Gemeinden** diesen anderen Lebensentwurf unterstützen – und selbst viel lernen.

Vorbereitungsseminar der Chiapas-Gruppe Tirol, auch generell für an Mexiko Interessierte (zB diejenigen, die sich eine Teilnahme an der angekündigten Mexiko-Reise im Sommer 2016 überlegen) in Innsbruck, **1. 5.** (ab 17 h) **bis 3. 5.** (bis 13 h), Auskunft: chiapas-tirol@gmx.at oder ulla.haeussle@aon.at.



Hier entsteht die autonome Bildung zur Schaffung der neuen Frau u. des neuen Mannes. Zapatistische Armee der nationalen Befreiung / EZLN

Vortrag Dr. Gerald Hüther: Etwas mehr Hirn, bitte. Do., 28.5., 19 Uhr, Wien: www.lernwelt.at/service/seminare---tagungen/anmeldung-vortrag-prof-dr-gerald-huether---wien.html

Zum **Welttag des Buches** (24. April):

Vom Duft der Dichtung

Lesung & Gespräch

Christoph Janacs (Autor) & Karl Müller (Germanist)

Dienstag, 21. April 2015, 19:30

Panoramabar

stadt:bibliothek salzburg
Schumacherstraße 14

Eintritt frei, Einlaß ab 19Uhr, Anmeldung (Zählkarten): 0662-8072-2450

oder: stadtbibliothek@stadt-salzburg.at

Wie kommt ein Neunjähriger dazu, Karl Mays *Winnetou I* nachzuerzählen? Was geschieht mit einem Sechzehnjährigen, wenn er Ray Bradburys *Fahrenheit 451* liest? Warum wandert einer immer wieder auf den Spuren Stifters durch den Böhmerwald und verliebt sich in ein so ganz anderes Land, nämlich Mexiko? Und: Wohin geraten Menschen, die sich ganz der Dichtung und Literatur und ihrer Vermittlung verschreiben?

PV-Schulungen

Wir laden alle herzlich ein, die sich das notwendige Basiswissen (PVG, auch Dienst-/Besoldungs-/Pensionsrecht) aneignen wollen. Die Teilnahme ist **mit keiner Mitgliedschaft und keinen Kosten** verbunden. Die ÖLI zahlt das Seminar, aber nicht die Reisekosten.

Thema:

Transparenz, Mitbestimmung und Solidarität als Basis guten Schulklimas

Anmeldung mit Angabe von Name, Mailadresse, Schule, Inhaltswunsch: a@oeli-ug.at oder 0680 2124358

Nächster Termin:

Fr, 17.4., 16-21 Uhr in Wien

Angemeldete bekommen nähere Infos. Weitere Terminwünsche für Schulungen an anderen Orten bitte melden



In unserer kreidekreis-Galerie kannst du deine Bilder inkl. Kontaktadresse kostenlos veröffentlichen. Bitte an kunstschaaffende FreundInnen weiter sagen.

LehrerIn-sein ist keine Bedingung! Wir freuen uns, wenn du eine Auswahl von *4-8 Bildern* an a@oeli-ug.at schickst und dazu schreibst: Format: ...

Autorenrechte bei: ..., Adresse: ... Welche Bilder im Kreidekreis erscheinen, beschließt die Redaktion.

Spendenaufruf

Eine Kollegin wurde von der LSI geklagt und hat nun 39.000 Euro Prozesskosten zu zahlen – siehe Leserbrief Seite 4 unten.

Wir ÖLIs sind immer dafür, dass wir uns das freie Wort nicht verbieten lassen! Drum rufen wir euch auf, die Kollegin finanziell zu unterstützen. Bitte nennt bei Einzahlung aufs ÖLI-Konto (IBAN: AT52 6000 0000 7842 0320) „LSI-Prozess“ als Verwendungszweck. Wir werten deine Einzahlung als Beitrag an die ÖLI (Finanzamtsbestätigung) und überweisen dann an die Kollegin die zusammenkommende Summe. Danke.

Anfragen/Infos, Kreidekreisabo: a@oeli-ug.at

Du würdest den Kreidekreis auch deinen KollegInnen ins Postfach legen? Bitte mail an a@oeli-ug.at: Name, Schule, Anzahl

<http://archiv.oeli-ug.at/DRS15.pdf> Download des 80-Seiten-ÖLI-Skriptums (Dienst-/Schul-/Besoldungs-/PV-Recht)

Impr.: ÖLI-UG, Österreichische LehrerInnen Initiative Unabhängige GewerkschafterInnen für mehr Demokratie, 4643 Pflasterw.7, a@oeli-ug.at, 0680 2124358. Redaktion: Gaby Atteneder, Gerhard Pusnik, J. Gary Fuchsbauer und die ArtikelautorInnen. Papierauflage 5000. Kreidekreis = ÖLI-UG-Information/Diskussionsorgan. Wir finanzieren uns durch die LeserInnen: IBAN: AT52 6000 0000 7842 0320 lautend auf Mayr/Fuchsbauer, ÖLI; BIC: OPSKAT WW

www.gutenberg.at - Dieses Produkt stammt aus nachhaltig bewirtschafteten Wäldern und kontrollierten Quellen. klimaneutral gedruckt ° CP IKS-Nr.: 53401-1502-1001



DVR: 0581518

P.b.b. 4643 Pettenbach (Verlagsort) GZ 02Z030917M

ÖLI ZVR-Zahl 125480687.
Falls unzustellbar bitte zurück an:
ÖLI-UG, 4643 Pflasterweg 7
3/2015



PEFC/06-39-27

An: